

bach für die zahlreichen aldbann freiwerdenden Bauarbeiter sich keine Verwendung findet. Die Überzeugung von der Möglichkeit des abgelebten Kanalprojekts überwiegt auch heute noch in den beteiligten Regierungskreisen, aber die parlamentarischen Verhältnisse sind eben gar zu wenig einladend, eine neue Erkundung zu machen. Etwas aufzugeben ist damit aber der Ausbau unseres Kanalsystems nicht, man muss nur auf längere Zeiten abwarten. Durch den Dörnbusch-Ems-Kanal ist eigentlich einer klüglichen Entscheidung doch vorgegriffen; denn diese Karte, für die erheblichen Kosten aufzugeben, kann ihren Zweck vollständig nur im Zusammenhang mit weiteren Wasserstraßen erfüllen.

• Berlin, 13. September. In der Königberger Reide des Kaisers fand sich bekanntlich nachstehender Satz: „Eine Opposition verächtlicher Adlige gegen Ihren König ist ein Untergang; sie hat vor dann eine Berechtigung, wenn sie den König an ihrer Spitze weiß, das Leben schon die Geschichte unvergessen habe.“ Was hat diesen Satz verschieden zu deuten versucht. Jetzt kommt der „König, Sirs“ und weiß darauf, daß sie ihm schon im ersten Telegramme darin geantwortet habe: „Eine Opposition des preußischen Adels gegen seinen König ist ein Unrecht; er hat nur dann Berechtigung, wenn er den König an seiner Seite weiß u. s. w.“ Das hat der Kaiser ohne allen Zweifel gesagt, und das „er“ war wohl nur ein Irrtum des „Stenographen“. Der „Kronprinz“ bestreite den rheinischen Blatte das Recht, sich so ohne Weiteres für bewusst anzusehen, den im „Rückwärtigen“ veröffentlichten Wortlaut der kaiserlichen Rede zu redigieren. Wer glaubt, daß die „Kronprinz“ die Worte sei? Der Kaiser hat dem Adel nicht das Recht der Opposition schäflich bestreiten wollen, sondern nur die gegen den König selbst, der wohl in die Lage kommen könnte, an der Spitze des Kreis in Opposition gegen Einrichtungen und Zustände zu treten. Wer den Wehrzug unseres Kaisers jetzt genau verfolgt hat, wird schwerlich auf die Idee der „König, Sirs“ kommen.

* Berlin, 13. September. Eine große Versammlung der Militair-Invaliden Berlins und der Umgegend, einberufen vom bisherigen „Verein der Militair-Invaliden“, fand gestern Abend in Stettin's großem Hotel statt, um die Lage der Invaliden einer Besprechung zu unterziehen und einer vom

Verband der Militair-Kriegs- und Friedens-Invaliden Deutschland“ aufgestellten Petition an den Reichstag um Erörterung der Militair-Invaliden u. s. w. die Zustimmung zu erzielen. Am 1000 ehemalige Krieger hatten sich dazu eingefunden. Der Vorsitzende des bisherigen Vereins der Militair-Invaliden, Herr Stein, gab den bereits in mehreren Versammlungen der Militair-Invaliden laut geworbenen Klagen Ausdruck, und eine ganze Reihe von Veteranen ergänzte seine Ausführungen über die Ungläubigkeit der den Invaliden gewährten Pension. Die Veteranen erfuhrn darin 1) um eine allgemeine Aufkündigung der Pausch- und Pensionsklausen für sämmtliche Militair-Invaliden; 2) um gleichmäßige Entschädigung für Nichtentlastung des Civilversorgungschein, im Betrage von 12. monatlich, um denjenigen Invaliden, welche keinen Gebrauch von dem Civilversorgungschein machen können, Gelegenheit zu verschaffen, denselben gegen Vergütung abzugeben; 3) um eine nochmalige Untersuchung derjenigen Invaliden, welche durch Verkürzung oder Erfahrung vor dem Ende sich ein Leben zugesogen haben, eine Person jedoch nicht bezeichnet; 4) um Einschaltung derjenigen Invaliden, die auf den Altersdienst Guodenkonto angewiesen sind, mit den rechtlich Anerkannten; 5) um Vergütung der Witwen und Waisen der Invaliden ohne Rücksicht darauf, ob der Mann vor dem Heiraten gefallen oder später verstorbene ist und aus ohne Rücksicht auf den Umstand, ob die Frau den Mann vor oder nach der Beirührung geheirathet hat, sowie um Vergütung der Witwen und Waisen derjenigen Friedensinvaliden, deren Tod nachträglich durch ihre Invalidität beobachtet worden ist; 6) um Erlassung der Militair-Pension an sämmtliche in Reichs- und Staatsdienst beschäftigten und aus dem Reichs-, Staats- oder Kommunaldiener pensionierten Invaliden, unabhängig von ihrem Entkommen aus Staats- oder Kommunalstellen, sowie in allen Lebenslagen. Nach Unterzeichnung der Petition gingen die Invaliden mit einem Hoch auf das Deutsche Patriotland zueinander. Die Petition soll bereits 30.000 Unterschriften gefunden haben.

- Staatsminister von Boetticher hat, wie in einer Versammlung der Bezirksgremien Ost- und Westpreußen der Verwaltungskreis der Kreiskommissarien Deutschland mitgeteilt worden ist, in einer förmlich nachzuhaltenden Audienz für die Beratung der Wünste der Kreiskommissarien im Bundecke sein Wohlwollen in Aussicht gestellt. Unter Anderem äußerte der Minister, daß gegen die Aufstellung der Kreiskommissarien auf längere Dauer, so auf Lebenszeit, unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Gatten bzw. Gehaltsbedürfnissen bestanden, ferne, daß die Staatsregierung an einer Verfestigung der Verhältnisse der Kreiskommissarien, sowie auch der übrigen durch die sozialpolitische Gesetzgebung geschaffenen Organisationen nicht denkt, dagegen berücksichtigt sie eine Zusammenlegung der gesammelten

Social-political

Gesetzgebung unter vollständiger Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung. Ob die Kreiskommissarien werken mit kontrahierenden Interessen werden können, wäre man noch, jedenfalls ersteres man auch hierzu eine möglichst einheitliche Centralisierung für Kommunalbeamte, Kreise und eventuell auch die Provinzen.

- Wie berichtet wurde über ein Gespräch zwischen dem Präsidenten des Offizierscorps und der vorliegenden Generalverwaltung. Ein biegsamer Correspondenz will jedoch, daß sowohl der Regimentskommandeur, wie der Major in Sowjetmünde stationierenden Bataillons vom Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 2 zugleich verfügt werden sollen.

- Auf die Eingaben mehrerer Handelskammern an das Kultusministerium über die geplante geistliche Regelung des Apothekenwesens ist der Befehl eingegangen, daß der Minister es sich versagen müsse, auf die Sache näher einzugehen.

- Der Kreislinige Wahlverein des II. Berliner Reichstagwahlkreises, in dem die Opposition der sogenannten „Postkasse“ gegen den Programmaufruf Kutscher gemacht hat: „Eine Opposition des preußischen Adels gegen seinen König ist ein Unrecht; er hat nur dann Berechtigung, wenn er den König an seiner Seite weiß u. s. w.“ Das hat der Kaiser ohne allen Zweifel gesagt, und das „er“ war wohl nur ein Irrtum des „Stenographen“. Der „Kronprinz“ bestreite den rheinischen Blatte das Recht, sich so ohne Weiteres für bewusst anzusehen, den im „Rückwärtigen“ veröffentlichten Wortlaut der kaiserlichen Rede zu redigieren. Wer glaubt, daß die „Kronprinz“ die Worte sei? Der Kaiser hat dem Adel nicht das Recht der Opposition schäflich bestreiten wollen, sondern nur die gegen den König selbst, der wohl in die Lage kommen könnte, an der Spitze des Kreis in Opposition gegen Einrichtungen und Zustände zu treten. Wer den Wehrzug unseres Kaisers jetzt genau verfolgt hat, wird schwerlich auf die Idee der „König, Sirs“ kommen.

* Berlin, 13. September. Eine große Versammlung der Militair-Invaliden Berlins und der Umgegend, einberufen vom bisherigen „Verein der Militair-Invaliden“, fand gestern Abend in Stettin's großem Hotel statt, um die Lage der Invaliden einer Besprechung zu unterziehen und einer vom

Verband der Militair-Kriegs- und Friedens-Invaliden Deutschland“ aufgestellten Petition an den Reichstag um Erörterung der Militair-Invaliden u. s. w. die Zustimmung zu erzielen. Am 1000 ehemalige Krieger hatten sich dazu eingefunden. Der Vorsitzende des bisherigen Vereins der Militair-Invaliden, Herr Stein, gab den bereits in mehreren Versammlungen der Militair-Invaliden laut geworbenen Klagen Ausdruck, und eine ganze Reihe von Veteranen ergänzte seine Ausführungen über die Ungläubigkeit der den Invaliden gewährten Pension. Die Veteranen erfuhrn darin 1) um eine allgemeine Aufkündigung der Pausch- und Pensionsklausen für sämmtliche Militair-Invaliden; 2) um gleichmäßige Entschädigung für Nichtentlastung des Civilversorgungschein, im Betrage von 12. monatlich, um denjenigen Invaliden, welche keinen Gebrauch von dem Civilversorgungschein machen können, Gelegenheit zu verschaffen, denselben gegen Vergütung abzugeben; 3) um eine nochmalige Untersuchung derjenigen Invaliden, welche durch Verkürzung oder Erfahrung vor dem Ende sich ein Leben zugesogen haben, eine Person jedoch nicht bezeichnet; 4) um Einschaltung derjenigen Invaliden, die auf den Altersdienst Guodenkonto angewiesen sind, mit den rechtlich Anerkannten; 5) um Vergütung der Witwen und Waisen derjenigen Friedensinvaliden, deren Tod nachträglich durch ihre Invalidität beobachtet worden ist; 6) um Erlassung der Militair-Pension an sämmtliche in Reichs- und Staatsdienst beschäftigten und aus dem Reichs-, Staats- oder Kommunaldiener pensionierten Invaliden, unabhängig von ihrem Entkommen aus Staats- oder Kommunalstellen, sowie in allen Lebenslagen. Nach Unterzeichnung der Petition gingen die Invaliden mit einem Hoch auf das Deutsche Patriotland zueinander. Die Petition soll bereits 30.000 Unterschriften gefunden haben.

- Staatsminister von Boetticher hat, wie in einer Versammlung der Bezirksgremien Ost- und Westpreußen der Verwaltungskreis der Kreiskommissarien Deutschland mitgeteilt worden ist, in einer förmlich nachzuhaltenden Audienz für die Beratung der Wünste der Kreiskommissarien im Bundecke sein Wohlwollen in Aussicht gestellt. Unter Anderem äußerte der Minister, daß gegen die Aufstellung der Kreiskommissarien auf längere Dauer, so auf Lebenszeit, unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Gatten bzw. Gehaltsbedürfnissen bestanden, ferne, daß die Staatsregierung an einer Verfestigung der Verhältnisse der Kreiskommissarien, sowie auch der übrigen durch die sozialpolitische Gesetzgebung geschaffenen Organisationen nicht denkt, dagegen berücksichtigt sie eine Zusammenlegung der gesammelten

Gesetzgebung unter vollständiger Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung. Ob die Kreiskommissarien werken mit kontrahierenden Interessen werden können, wäre man noch, jedenfalls ersteres man auch hierzu eine möglichst einheitliche Centralisierung für Kommunalbeamte, Kreise und eventuell auch die Provinzen.

- Wie berichtet wurde über ein Gespräch zwischen dem Präsidenten des Offizierscorps und der vorliegenden Generalverwaltung. Ein biegsamer Correspondenz will jedoch,

dass sowohl der Regimentskommandeur, wie der Major in Sowjetmünde stationierenden Bataillons vom Fuß-Artillerie-Regiment

Nr. 2 zugleich verfügt werden sollen.

- Auf die Eingaben mehrerer Handelskammern an das Kultusministerium über die geplante geistliche Regelung des Apothekenwesens ist der Befehl eingegangen, daß der Minister es sich versagen müsse, auf die Sache näher einzugehen.

- Der Kreislinige Wahlverein des II. Berliner Reichstagwahlkreises, in dem die Opposition der sogenannten „Postkasse“ gegen den Programmaufruf Kutscher gemacht hat:

„Eine Opposition des preußischen Adels gegen seinen König ist ein Unrecht; er hat nur dann Berechtigung, wenn er den König an seiner Seite weiß u. s. w.“ Das hat der Kaiser ohne allen Zweifel gesagt, und das „er“ war wohl nur ein Irrtum des „Stenographen“. Der „Kronprinz“ bestreite den rheinischen Blatte das Recht, sich so ohne Weiteres für bewusst anzusehen, den im „Rückwärtigen“ veröffentlichten Wortlaut der kaiserlichen Rede zu redigieren. Wer glaubt, daß die „Kronprinz“ die Worte sei? Der Kaiser hat dem Adel nicht das Recht der Opposition schäflich bestreiten wollen, sondern nur die gegen den König selbst, der wohl in die Lage kommen könnte, an der Spitze des Kreis in Opposition gegen Einrichtungen und Zustände zu treten. Wer den Wehrzug unseres Kaisers jetzt genau verfolgt hat, wird schwerlich auf die Idee der „König, Sirs“ kommen.

* Berlin, 13. September. Eine große Versammlung der Militair-Invaliden Berlins und der Umgegend, einberufen vom bisherigen „Verein der Militair-Invaliden“, fand gestern Abend in Stettin's großem Hotel statt, um die Lage der Invaliden einer Besprechung zu unterziehen und einer vom

Verband der Militair-Kriegs- und Friedens-Invaliden Deutschland“ aufgestellten Petition an den Reichstag um Erörterung der Militair-Invaliden u. s. w. die Zustimmung zu erzielen. Am 1000 ehemalige Krieger hatten sich dazu eingefunden. Der Vorsitzende des bisherigen Vereins der Militair-Invaliden, Herr Stein, gab den bereits in mehreren Versammlungen der Militair-Invaliden laut geworbenen Klagen Ausdruck, und eine ganze Reihe von Veteranen ergänzte seine Ausführungen über die Ungläubigkeit der den Invaliden gewährten Pension. Die Veteranen erfuhrn darin 1) um eine allgemeine Aufkündigung der Pausch- und Pensionsklausen für sämmtliche Militair-Invaliden; 2) um gleichmäßige Entschädigung für Nichtentlastung des Civilversorgungschein, im Betrage von 12. monatlich, um denjenigen Invaliden, welche keinen Gebrauch von dem Civilversorgungschein machen können, Gelegenheit zu verschaffen, denselben gegen Vergütung abzugeben; 3) um eine nochmalige Untersuchung derjenigen Invaliden, welche durch Verkürzung oder Erfahrung vor dem Ende sich ein Leben zugesogen haben, eine Person jedoch nicht bezeichnet; 4) um Einschaltung derjenigen Invaliden, die auf den Altersdienst Guodenkonto angewiesen sind, mit den rechtlich Anerkannten; 5) um Vergütung der Witwen und Waisen derjenigen Friedensinvaliden, deren Tod nachträglich durch ihre Invalidität beobachtet worden ist; 6) um Erlassung der Militair-Pension an sämmtliche in Reichs- und Staatsdienst beschäftigten und aus dem Reichs-, Staats- oder Kommunaldiener pensionierten Invaliden, unabhängig von ihrem Entkommen aus Staats- oder Kommunalstellen, sowie in allen Lebenslagen. Nach Unterzeichnung der Petition gingen die Invaliden mit einem Hoch auf das Deutsche Patriotland zueinander. Die Petition soll bereits 30.000 Unterschriften gefunden haben.

- Staatsminister von Boetticher hat, wie in einer

versammlung der Bezirksgremien Ost- und Westpreußen der Verwaltungskreis der Kreiskommissarien Deutschland mitgeteilt worden ist, in einer förmlich nachzuhaltenden Audienz für die Beratung der Wünste der Kreiskommissarien im Bundecke sein Wohlwollen in Aussicht gestellt. Unter Anderem äußerte der Minister, daß gegen die Aufstellung der Kreiskommissarien auf längere Dauer, so auf Lebenszeit, unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Gatten bzw. Gehaltsbedürfnissen bestanden, ferne, daß die Staatsregierung an einer Verfestigung der Verhältnisse der Kreiskommissarien, sowie auch der übrigen durch die sozialpolitische Gesetzgebung geschaffenen Organisationen nicht denkt, dagegen berücksichtigt sie eine Zusammenlegung der gesammelten

Gesetzgebung unter vollständiger Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung. Ob die Kreiskommissarien werken mit kontrahierenden Interessen werden können, wäre man noch, jedenfalls ersteres man auch hierzu eine möglichst einheitliche Centralisierung für Kommunalbeamte, Kreise und eventuell auch die Provinzen.

- Wie berichtet wurde über ein Gespräch zwischen dem Präsidenten des Offizierscorps und der vorliegenden Generalverwaltung. Ein biegsamer Correspondenz will jedoch,

dass sowohl der Regimentskommandeur, wie der Major in Sowjetmünde stationierenden Bataillons vom Fuß-Artillerie-Regiment

Nr. 2 zugleich verfügt werden sollen.

- Auf die Eingaben mehrerer Handelskammern an das Kultusministerium über die geplante geistliche Regelung des Apothekenwesens ist der Befehl eingegangen, daß der Minister es sich versagen müsse, auf die Sache näher einzugehen.

- Der Kreislinige Wahlverein des II. Berliner Reichstagwahlkreises, in dem die Opposition der sogenannten „Postkasse“ gegen den Programmaufruf Kutscher gemacht hat:

„Eine Opposition des preußischen Adels gegen seinen König ist ein Unrecht; er hat nur dann Berechtigung, wenn er den König an seiner Seite weiß u. s. w.“ Das hat der Kaiser ohne allen Zweifel gesagt, und das „er“ war wohl nur ein Irrtum des „Stenographen“. Der „Kronprinz“ bestreite den rheinischen Blatte das Recht, sich so ohne Weiteres für bewusst anzusehen, den im „Rückwärtigen“ veröffentlichten Wortlaut der kaiserlichen Rede zu redigieren. Wer glaubt, daß die „Kronprinz“ die Worte sei? Der Kaiser hat dem Adel nicht das Recht der Opposition schäflich bestreiten wollen, sondern nur die gegen den König selbst, der wohl in die Lage kommen könnte, an der Spitze des Kreis in Opposition gegen Einrichtungen und Zustände zu treten. Wer den Wehrzug unseres Kaisers jetzt genau verfolgt hat, wird schwerlich auf die Idee der „König, Sirs“ kommen.

* Berlin, 13. September. Eine große Versammlung der Militair-Invaliden Berlins und der Umgegend, einberufen vom

Verband der Militair-Kriegs- und Friedens-Invaliden Deutschland“ aufgestellten Petition an den Reichstag um Erörterung der Militair-Invaliden u. s. w. die Zustimmung zu erzielen. Am 1000 ehemalige Krieger hatten sich dazu eingefunden. Der Vorsitzende des bisherigen Vereins der Militair-Invaliden, Herr Stein, gab den bereits in mehreren Versammlungen der Militair-Invaliden laut geworbenen Klagen Ausdruck, und eine ganze Reihe von Veteranen ergänzte seine Ausführungen über die Ungläubigkeit der den Invaliden gewährten Pension. Die Veteranen erfuhrn darin 1) um eine allgemeine Aufkündigung der Pausch- und Pensionsklausen für sämmtliche Militair-Invaliden; 2) um gleichmäßige Entschädigung für Nichtentlastung des Civilversorgungschein, im Betrage von 12. monatlich, um denjenigen Invaliden, welche keinen Gebrauch von dem Civilversorgungschein machen können, Gelegenheit zu verschaffen, denselben gegen Vergütung abzugeben; 3) um eine nochmalige Untersuchung derjenigen Invaliden, welche durch Verkürzung oder Erfahrung vor dem Ende sich ein Leben zugesogen haben, eine Person jedoch nicht bezeichnet; 4) um Einschaltung derjenigen Invaliden, die auf den Altersdienst Guodenkonto angewiesen sind, mit den rechtlich Anerkannten; 5) um Vergütung der Witwen und Waisen derjenigen Friedensinvaliden, deren Tod nachträglich durch ihre Invalidität beobachtet worden ist; 6) um Erlassung der Militair-Pension an sämmtliche in Reichs- und Staatsdienst beschäftigten und aus dem Reichs-, Staats- oder Kommunaldiener pensionierten Invaliden, unabhängig von ihrem Entkommen aus Staats- oder Kommunalstellen, sowie in allen Lebenslagen. Nach Unterzeichnung der Petition gingen die Invaliden mit einem Hoch auf das Deutsche Patriotland zueinander. Die Petition soll bereits 30.000 Unterschriften gefunden haben.

- Staatsminister von Boetticher hat, wie in einer

versammlung der Bezirksgremien Ost- und Westpreußen der Verwaltungskreis der Kreiskommissarien Deutschland mitgeteilt worden ist, in einer förmlich nachzuhaltenden Audienz für die Beratung der Wünste der Kreiskommissarien im Bundecke sein Wohlwollen in Aussicht gestellt. Unter Anderem äußerte der Minister, daß gegen die Aufstellung der Kreiskommissarien auf längere Dauer, so auf Lebenszeit, unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Gatten bzw. Gehaltsbedürfnissen bestanden, ferne, daß die Staatsregierung an einer Verfestigung der Verhältnisse der Kreiskommissarien, sowie auch der übrigen durch die sozialpolitische Gesetzgebung geschaffenen Organisationen nicht denkt, dagegen berücksichtigt sie eine Zusammenlegung der gesammelten

Gesetzgebung unter vollständiger Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung. Ob die Kreiskommissarien werken mit kontrahierenden Interessen werden können, wäre man noch, jedenfalls ersteres man auch hierzu eine möglichst einheitliche Centralisierung für Kommunalbeamte, Kreise und eventuell auch die Provinzen.

- Wie berichtet wurde über ein Gespräch zwischen dem Präsidenten des Offizierscorps und der vorliegenden Generalverwaltung. Ein biegsamer Correspondenz will jedoch,

dass sowohl der Regimentskommandeur, wie der Major in Sowjetmünde stationierenden Bataillons vom Fuß-Artillerie-Regiment

Nr. 2 zugleich verfügt werden sollen.

- Auf die Eingaben mehrerer Handelskammern an das Kultusministerium über die geplante geistliche Regelung des Apothekenwesens ist der Befehl eingegangen, daß der Minister es sich versagen müsse, auf die Sache näher einzugehen.

- Der Kreislinige Wahlverein des II. Berliner Reichstagwahlkreises, in dem die Opposition der sogenannten „Postkasse“ gegen den Programmaufruf Kutscher gemacht hat:

„Eine Opposition des preußischen Adels gegen seinen König ist ein Unrecht; er hat nur dann Berechtigung, wenn er den König an seiner Seite weiß u. s. w.“ Das hat der Kaiser ohne allen Zweifel gesagt, und das „er“ war wohl nur ein Irrtum des „Stenographen“. Der „Kronprinz“ bestreite den rheinischen Blatte das Recht, sich so ohne Weiteres für bewusst anzusehen, den im „Rückwärtigen“ veröffentlichten Wortlaut der kaiserlichen Rede zu redigieren. Wer glaubt, daß die „Kronprinz“ die Worte sei? Der Kaiser hat dem Adel nicht das Recht der Opposition schäflich bestreiten wollen, sondern nur die gegen den König selbst, der wohl in die Lage kommen könnte, an der Spitze des Kreis in Opposition gegen Einrichtungen und Zustände zu treten. Wer den Wehrzug unseres Kaisers jetzt genau verfolgt hat, wird schwerlich auf die Idee der „König, Sirs“ kommen.

* Berlin, 13. September. Eine große Versammlung der Militair-Invaliden Berlins und der Umgegend, einberufen vom

Verband der Militair-Kriegs- und Friedens-Invaliden Deutschland“ aufgestellten Petition an den Reichstag um Erörterung der Militair-Invaliden u. s. w. die Zustimmung zu erzielen. Am 1000 ehemalige Krieger hatten sich dazu eingefunden. Der Vorsitzende des bisherigen Vereins der Militair-Invaliden, Herr Stein, gab den bereits in mehreren Versammlungen der Militair-Invaliden laut geworbenen Klagen Ausdruck, und eine ganze Reihe von Veteranen ergänzte seine Ausführungen über die Ungläubigkeit der den Invaliden gewährten Pension. Die Veteranen erfuhrn darin 1) um eine allgemeine Aufkündigung der Pausch- und Pensionsklausen für sämmtliche Militair-Invaliden; 2) um gleichmäßige Entschädigung für Nichtentlastung des Civilversorgungschein, im Betrage von 12. monatlich, um denjenigen Invaliden, welche keinen Gebrauch von dem Civilversorgungschein machen können, Gelegenheit zu verschaffen, denselben gegen Vergütung abzugeben; 3) um eine nochmalige Untersuchung derjenigen Invaliden, welche durch Verkürzung oder Erfahrung vor dem Ende sich ein Leben zugesogen haben, eine Person jedoch nicht bezeichnet; 4) um Einschaltung derjenigen Invaliden, die auf